
Wirtschaftliche Erholung: Die Bedeutung von Keynes

John Cornwall*

1. Ist Keynes irrelevant?

Die frühen siebziger Jahre markierten das Ende des „Goldenen Zeitalters“ des Kapitalismus. Nach einem kurzen, kräftigen Aufschwung begann 1973/74 der Output bei gleichzeitig steigenden Arbeitslosenraten in den meisten entwickelten kapitalistischen Ländern zu sinken. Einerseits wurde die Rezession mit einem Rückgang der Investitionen von einem Niveau, das nicht mehr gehalten werden konnte, begründet. Andererseits jedoch konnte dieser Rückgang mit der Einführung restriktiver Maßnahmen zur Gesamtnachfragesteuerung in den meisten OECD-Ländern erklärt werden. Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg weigerten sich die Regierungen angesichts steigender Arbeitslosigkeit nicht nur, die Gesamtnachfrage (GN) zu stimulieren, sie ergriffen auch noch Maßnahmen, die die Arbeitslosenraten noch mehr in die Höhe treiben mußten.

Das Ziel dieser restriktiven Maßnahmen war es, die Inflationsraten zu senken. Im Gegensatz zu den Erwartungen wurde die restriktive Gesamtnachfragepolitik 1974/75 bei steigender Arbeitslosigkeit von immer schneller steigenden Inflationsraten begleitet. Für den Rest der siebziger Jahre existieren daher in den meisten OECD-Ländern hohe Arbeitslosen- und Inflationsraten nebeneinander.

Das gleichzeitige Auftreten von hohen und noch steigenden Arbeitslosen- und Inflationsraten ließ einen neuen volkswirtschaftlichen Begriff entstehen, nämlich „Stagflation“. Noch wichtiger ist allerdings, daß diese Ereignisse nicht unwesentlich zu einer weitläufigen Reaktion gegen die vorherrschende Keynes'sche Lehre, insbesondere gegen die

* Ich möchte an dieser Stelle Wendy MacLean für ihre Kommentare und ihre Kritik danken. Dies ist eine revidierte, zur Veröffentlichung in *Wirtschaft und Gesellschaft* bestimmte Version eines Vortrages vor dem Arbeitskreis Dr. Benedikt Kautsky. Die Übersetzung aus dem Englischen besorgte Ernst G. Jauernik.

Ansicht, daß die Nachfragepolitik ein geeignetes Werkzeug zur Beeinflussung der Konjunktur sei, beitrugen.

Es wurde wie folgt argumentiert: Wenn bei Unterbeschäftigung die Stimulierung der GN durch geeignete Maßnahmen die Arbeitslosigkeit senken hilft, dann kann eine Zurücknahme der GN die Inflation im Fall der Überhitzung der Konjunktur senken helfen. Wie aber gerade erwähnt, schnellten die Inflationsraten in den frühen Phasen der Einführung restriktiver Maßnahmen in die Höhe. Als sie in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre endlich fielen, blieben sie immer noch über den Raten der sechziger Jahre, obwohl die Arbeitslosigkeit wesentlich höher war. Erst in den achtziger Jahren, als die Arbeitslosenraten zweistellig wurden, sank die Inflation merkbar.

Im günstigsten Fall wurden die Maßnahmen zur Nachfragesteuerung von Keynes' Gegnern als unhandliche Werkzeuge zur Beeinflussung volkswirtschaftlicher Variablen angesehen. Im schlechtesten Fall führten sie zu Ergebnissen, die das genaue Gegenteil von dem waren, was Keynes vorausgesagt hatte. Aber ob nur unhandlich oder schlicht falsch, die Kernaussage von Keynes' Analyse, nämlich daß GN-Maßnahmen den realen Sektor der Wirtschaft beeinflussen können, war in dieser Sicht irrelevant geworden, da restriktive GN-Maßnahmen nur sehr geringe Auswirkungen auf die Inflation haben, solange sie nicht extrem angewendet werden.

Dieser Angriff auf keynesianische Maßnahmen wurde von Studien begleitet, welche die Ansicht untermauerten, daß stimulative GN-Maßnahmen nicht geeignet seien, den Output zu erhöhen und die Arbeitslosigkeit zu senken, und daß sie daher nicht zur Bekämpfung der derzeit herrschenden Stagflation herangezogen werden könnten. Was ich nun beweisen möchte ist, daß die Inflation und Stagflation der siebziger Jahre und die gegenwärtige Stagnation Keynes keinesfalls widerlegen oder unanwendbar machen. Vielmehr behaupte ich, daß:

1. GN-Maßnahmen sehr wohl geeignete Instrumente zur Beeinflussung des gesamtwirtschaftlichen Outputs und der Arbeitslosenrate sind und daß ihre Wirkung symmetrisch ist, d. h. daß Erhöhungen der GN die Arbeitslosigkeit vermindern, sofern unfreiwillig beschäftigungslose Arbeitnehmer existieren, und daß Verminderungen der GN die Arbeitslosigkeit erhöhen. Diese Symmetrie bildet den Kern von Keynes' Aussage und ist korrekt. Viele der „NAIRU“- und „Eurosklero-rose“-Anhänger werden die Wirksamkeit stimulativer GN-Maßnahmen bestreiten. Ihre Ansichten müssen diskutiert und zurückgewiesen werden.
2. GN-Maßnahmen ungeeignete Instrumente zur Bekämpfung der Inflation sind und ihre Inflationswirkung asymmetrisch ist, d. h. Erhöhungen der GN beschleunigen die Inflation eher stärker als Verminderungen der GN sie abbremsen. Dieses Phänomen wird im folgenden als post-keynesianische Asymmetrie bezeichnet.
3. Um die wirtschaftspolitischen Empfehlungen Keynes' auf ihre Richtigkeit zu überprüfen, haben seine Kritiker eine nicht zur Sache gehörige Symmetrie unterstellt.

4. Die keynesianischen Maßnahmenempfehlungen sind für wirtschaftliche Erholung notwendig, aber sicher nicht ausreichend.

Ein Gutteil der Diskussion wird in Gestalt der Phillips-Kurvenanalyse formuliert werden. Dies zum einen Teil, weil ein Großteil der Versuche, Keynes in Mißkredit zu bringen, in Gestalt der vertikalen langfristigen Phillips-Kurve formuliert wurde, und zum anderen Teil, weil die Phillips-Kurvenanalyse eine große Hilfe bei der Entwirrung der Diskussionspunkte darstellt.

2. Die Gesamtnachfrage und der reale Sektor

Betrachten wir den ersten Punkt, nämlich daß GN-Maßnahmen die Schlüsselmaßnahmen zur Beeinflussung des Outputs und der Beschäftigung sind. Dies trifft sowohl für stimulative als auch für restriktive Maßnahmen zu, solange es unfreiwillig Arbeitslose gibt. Dies mag für viele eine Binsenweisheit sein; die Regierungen vieler kapitalistischer Länder jedoch scheinen diese keynesianische Wahrheit vergessen zu haben, und Wirtschaftswissenschaftler vor allem in englischsprachigen Ländern haben während der letzten zehn Jahre genau diese Wahrheiten geleugnet.

Daher hat sich in der OECD, und zwar sowohl in akademischen als auch in Regierungskreisen die Ansicht entwickelt, daß regierungsseitige Anstrengungen zur Erhöhung der Gesamtnachfrage durch monetäre und fiskalpolitische Maßnahmen vernachlässigbare, wenn nicht negative Auswirkungen auf Output und Beschäftigung hätten. Diese Aussage nimmt viele Formen an.

In ihrer einfachsten Form besagt dieser Standpunkt der wirkungslosen Maßnahmen, daß jeder Anstieg der Regierungsausgaben direkt einen mehr oder weniger gleich großen Rückgang der privaten Investitionen durch den negativen Einfluß auf den Konjunkturoptimismus bewirkt. Dieser Crowding-Out-Effekt tritt angeblich unabhängig vom Ausmaß der wirtschaftlichen Flaute oder der Art der Regierungsausgaben auf.

Eine Variation über dieses Thema, als „Ricardosches Äquivalenz-Theorem“ bezeichnet, soll beweisen, daß jede fiskalpolitische Maßnahme in Richtung Budgetdefiziterhöhung eine Abnahme der Konsum- und eine Zunahme der Sparneigung in der selben Größenordnung nach sich zieht, wodurch der stimulative Effekt des höheren Budgetdefizit wieder ausgelöscht wird. Wenige empirische Beweise werden zur Unterstützung dieser beiden Beispiele eines direkten Crowding-Out-Effektes angeboten. Tatsächlich hat ja das große Anwachsen des Bundesdefizits der Vereinigten Staaten in den frühen achtziger Jahren folgerichtig zur Senkung der Arbeitslosenrate von 11 Prozent auf 7 Prozent geführt, was nur weiter dazu beiträgt, Zweifel auf beide Ansichten zu werfen.

Es gibt aber auch eine Menge ausgereifter Theorien, die Wirkungslosigkeit monetärer und fiskalpolitischer GN-Maßnahmen zu erklären.

Die meisten gehen entweder von der Annahme der Vollbeschäftigung aus, oder sie stellen, sofern sie anfänglich die Möglichkeit unfreiwilliger Arbeitslosigkeit gestatten, den Inflationsprozeß dar, als ob es unfreiwillige Arbeitslosigkeit nicht gäbe, d. h. in der Analyse befindet sich ein grundsätzlicher Widerspruch. Dies führt uns zu einer kurzen Diskussion der „NAIRU“ und der „Eurosclerose“.

3. Die vertikale Phillips-Kurve

3.1. Die natürliche Arbeitslosenrate und die NAIRU

Der Glaube an die Neigung zur automatischen Vollbeschäftigung der kapitalistischen Systeme ist kaum umzubringen. Während die Große Depression zu einer zumindest zeitweisen Ablehnung dieser Ansicht führte, gab die Präsidentschaftsansprache Professor Friedmans an die American Economic Association der Idee der automatischen Vollbeschäftigung im kapitalistischen System neuen Auftrieb¹. Dies wurde durch eine Neuformulierung der Idee in Form der langfristigen Phillipskurve ermöglicht, welche bei Erreichen der natürlichen Arbeitslosenrate vertikal ist, also dann, wenn jegliche Arbeitslosigkeit freiwillig ist. Vorausgesetzt, die zuständigen Stellen befolgten einige simple Regeln für budgetäre und monetäre Maßnahmen, würde sich die Wirtschaft um diese natürliche Rate herum einpendeln.

Dadurch, daß alle Arbeitslosigkeit freiwillig sei, daß also alle Arbeitssuchenden zum gerade aktuellen realen Lohnsatz Beschäftigung fänden, fänden auch sämtliche Lohnverhandlungen und -abschlüsse zu realen Bedingungen statt. Stimulative GN-Maßnahmen hätten langfristig keine Auswirkung auf die Arbeitslosigkeit, da zwar die Nominallöhne und -preise, nicht jedoch die Reallöhne beeinflußt würden².

Die lange anhaltende Periode der hohen und noch steigenden Arbeitslosigkeit in den meisten OECD-Ländern während der siebziger und achtziger Jahre tat ein übriges, um das Argument, daß alle Arbeitslosigkeit freiwillig wäre, zu zerstören. Aber dies genügte nicht, um die Position, daß die langfristige Phillips-Kurve vertikal sei, zu unterminieren. Das Ergebnis war, daß eine erkleckliche Anzahl von Wirtschaftswissenschaftlern immer noch der Meinung ist, daß stimulative GN-Maßnahmen nicht nur ungeeignet seien, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren, sondern daß sie auch zu beschleunigter Inflation führten.

Dieser neue Gesichtspunkt kann in vielen ökonometrischen Untersuchungen ganz klar beobachtet werden, welche voraussetzen, daß Lohnverhandlungen und -abschlüsse zu realen Bedingungen stattfinden (weswegen die Phillips-Kurve vertikal ist), während gleichzeitig das Auftreten unfreiwilliger Arbeitslosigkeit, sprich: der eben erwähnte Widerspruch, gestattet ist³. Immerhin wurde die Arbeitslosenrate, bei der die Phillips-Kurve vertikal ist, neu benannt. Sie wird zunehmend als NAIRU (Non-Accelerating Inflation Rate of Unemployment, als „die

Inflation nicht beschleunigende Arbeitslosenrate“) statt als natürliche Arbeitslosenrate bezeichnet, aber die Konsequenzen für die GN-Maßnahmen sind dieselben.

Da in diesen Untersuchungen die NAIRU nicht mehr einfach als die Arbeitslosenrate deklariert wird, bei der alle Arbeitslosigkeit freiwillig ist, wurden in wirtschaftswissenschaftlichen Kreisen beträchtliche Anstrengungen unternommen, um herauszufinden, welche Faktoren für die Bestimmung der Arbeitslosenrate, bei der die Phillips-Kurve vertikal ist, relevant sind. Unter den in den neuesten Studien genannten Einflußfaktoren befinden sich die Rate des Produktivitätszuwachses, die „Plan“-Reallohnsteigerungen, der gewerkschaftliche Organisationsgrad, die Quote der Ersatzinvestitionen und das Arbeits- und Freizeitverhalten⁴.

Da alle diese und auch andere Bestimmungsfaktoren Schwankungen unterworfen sind, ist dies natürlich auch die NAIRU. Man darf allerdings nicht aus den Augen verlieren, daß in dieser Art der Untersuchung die Phillips-Kurve unabhängig davon, wie stark diese Einflußfaktoren die NAIRU erhöhen, als Folge der realen Lohnverhandlungen und -abschlüsse vertikal bleibt. Daraus folgt unmittelbar, daß GN-Maßnahmen zumindest in der langfristigen Betrachtung wirkungslos sind. Wenn zum Beispiel die NAIRU durch ihre Bestimmungsfaktoren auf 20 Prozent hochgetrieben wird, können Politiker nicht erwarten, die Arbeitslosenrate durch GN-Maßnahmen permanent unter 20 Prozent zu halten (ohne die Inflation immer stärker zu beschleunigen)⁵. Millionen Arbeitnehmer in der OECD können daher tatsächlich unfreiwillig beschäftigungslos sein, d. h. bereit sein, Arbeit zu einem niedrigeren als dem vorherrschenden Reallohnsatz anzunehmen. Aber die logische Folge der Annahme der Reallohnverhandlungen ist, daß stimulative GN-Maßnahmen, aus welchem Grund auch immer, nicht geeignet sind, den Reallohn zu senken, eine als notwendige betrachtete Reduktion, um Arbeitgebern einen Anreiz zur Erhöhung der Beschäftigung zu bieten. Wie in Kürze erklärt werden wird, ist diese Schlußfolgerung nicht korrekt. Wie schon angedeutet, gehen die ökonometrischen Untersuchungen, die diesen Standpunkt untermauern sollen, von völlig falschen Voraussetzungen aus.

3.2. Eurosklerose

Eine Variation über das Thema der Wirkungslosigkeit von gesamtnachfragepolitischen Maßnahmen, welche besonders in Europa beliebt ist, ist die „Eurosklerose“ mit der Komponente der nach unten starren Reallöhne. Die hohe Arbeitslosigkeit hat demnach ihre primäre Ursache in der Unmöglichkeit, durch GN-Maßnahmen die Reallöhne soweit zu senken, daß der Arbeitsmarkt ausgeglichen würde. Stattdessen führen solche Maßnahmen bloß zu einer Beschleunigung der Inflationsrate. Die Gründe dieser Starrheit sind letztlich dieselben, die in besagten ökonometrischen Untersuchungen als Grund für den Anstieg der

NAIRU angesehen werden, also größere gewerkschaftliche Macht und lukrativere Arbeitslosenunterstützungen⁶.

Die Verteidiger der Eurosklerose-Erklärung der hohen Arbeitslosigkeit neigen eher dazu, das Gewicht auf Alternativen zu den keynesianischen GN-Maßnahmen zu legen anstatt, um die Arbeitslosigkeit zu vermindern, den Faktoren, welche als bestimmend für die NAIRU angesehen werden, auf den Grund zu gehen. Sie betrachten die Starrheit der Reallöhne nach unten nur als eines von zahlreichen Beispielen der wachsenden Inflexibilität heutiger Volkswirtschaften. Die Erhöhung der Flexibilität der Reallöhne ist jedoch nur ein Teil eines Maßnahmenbündels zur Beendigung der Starrheit und Stagnation. Zum größten Teil ist dies ein Programm zur Verminderung der Macht der Arbeitnehmer und einer Beschneidung des Wohlfahrtsstaates.

4. Beweisführung

4.1. „Hysteresis“

Das Beweismaterial, das der Starrheit der Reallöhne als Erklärung für die hohe Arbeitslosigkeit heute und in der jüngsten Vergangenheit zu Grunde liegt, wurde genauestens untersucht und hat sich als sehr schwach herausgestellt. Eine der Schwierigkeiten ist die, daß Länder mit ähnlichen Lohnabschlußmechanismen und Beschäftigungs- und Gewinnentwicklungen durchaus unterschiedliche Arbeitslosenzahlen aufweisen⁷.

Es gibt auch noch andere Schwierigkeiten, die Eurosklerose-Erklärung der Unwirksamkeit von Maßnahmen zu akzeptieren, wobei sich die Kritik ebenso auf die gerade erwähnten ökonometrischen Untersuchungen anwenden läßt. Zwei sind es wert, extra erwähnt zu werden: die NAIRU hat sehr wahrscheinlich die Eigenschaft der Hysteresis, und die Annahme, daß die Arbeitsnehmervvertretung immer unter realen Bedingungen verhandelt, ist unkorrekt. Die Anstrengungen der Arbeitsnehmervvertretung zur Reallohnerrhaltung variieren wahrscheinlich mit der Arbeitslosenrate.

Betrachten wir zuerst die Möglichkeit der Hysteresis. Wenn die NAIRU diese Eigenschaft hat, muß sie sich mit jeder Änderung der tatsächlichen Arbeitslosenrate ändern. Das bedeutet nicht nur, daß sich die NAIRU ununterbrochen verschiebt, sondern auch, daß ein Grund für diese Verschiebungen der Versuch der Regierung ist, die angeblichen inflationären Begleiterscheinungen der Politik geringer Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Der Beweis, daß dies der Fall ist, wird durch die Ergebnisse von seit den sechziger Jahren laufenden ökonometrischen Untersuchungen erbracht, aus welchen hervorgeht, daß Schätzwerte für die NAIRU und die tatsächlichen Arbeitslosenraten im selben Betrachtungszeitraum steigende Tendenz hatten⁸. Daraus haben einige Forscher geschlossen,

daß das maßnahmenbedingte Sinken der Arbeitslosigkeit in einigen OECD-Ländern seinerseits ein Ansteigen der NAIRU zur Folge hatte, wodurch die Inflationsneigung der Volkswirtschaften bei erhöhter Arbeitslosigkeit zunahm.

Verschiedene Erklärungen wurden geliefert. Eine hohe Arbeitslosenrate über einen längeren Zeitraum führt zum Beispiel zum Veralten von Fachkenntnissen, einer Verminderung der Arbeitsethik, zu einem Zurückgehen der Investitionen und der Rate des Produktivitätszuwachses, der Reallöhne und der Pro-Kopf-Einkommen. Aus diesen und auch aus anderen Gründen wird, solange die Verantwortlichen darauf bestehen, die Inflation durch erhöhte Arbeitslosenraten und durch Dämpfung der wirtschaftlichen Aktivitäten zu bekämpfen, die NAIRU weiter steigen und einen immer größeren Anstieg der Arbeitslosigkeit nach sich ziehen, um eine Beschleunigung der Inflation zu vermeiden.

Wenn das aber stimmt, und das ist des Pudels Kern, kann genauso argumentiert werden, daß ein Anstieg der Gesamtnachfrage (im Einklang mit einigen angebotsorientierten Maßnahmen) zu einer Verbesserung von Fachkenntnissen, zu höheren Investitionen und erhöhtem Produktivitätszuwachs führen muß. Daher kann die Arbeitslosigkeit ohne Reallohnverlust zurückgehen, da der höhere Produktivitätszuwachs durchaus ausreichen könnte, die Reallohnforderungen der Arbeitnehmer mit den Reallöhnen, die die Unternehmer unter Erwirtschaftung von Gewinnen noch zu zahlen bereit wären, in Einklang zu bringen. Eine stimulative GN-Politik wird folgerichtig sowohl die NAIRU als auch die tatsächliche Arbeitslosenrate zu reduzieren helfen, ohne zur Beschleunigung der Inflation zu führen.

4.2. Reaktionen variabler Löhne.

Diesem letzten Punkt wird vermehrte Aufmerksamkeit gewidmet, solange es erlaubt ist, daß das Ausmaß der Lohnverhandlungen der Arbeitnehmer in bezug auf den Reallohn mit der Arbeitslosenrate schwankt. Daher wurde oben erwähnt, daß ein Gutteil der ökonometrischen Arbeit der Gegenwart mit dem Ziel, NAIRU zu schätzen, von der Annahme ausgeht, daß die Arbeitnehmerseite die Inflationsrate in die Geldlohnforderungen ohne Berücksichtigung der Arbeitslosenrate voll einbezieht. Wie hoch die Inflationsrate auch sei, die Geldlöhne müssen der Reallohnerhaltung wegen um denselben Betrag steigen, *ceteris paribus*.

Wenn es aber unfreiwillig Beschäftigungslose gibt, werden diese, sofern Keynes recht hatte, Arbeit zum vorherrschenden oder auch zu einem geringeren Reallohnsatz annehmen. Stimulative GN-Maßnahmen werden demnach wahrscheinlich zu einer Reduktion der Arbeitslosigkeit führen. Außerdem ist die Annahme sehr unrealistisch, daß beschäftigte Arbeitnehmer immer unter realen Bedingungen verhandeln, ganz gleich, wie hoch die Arbeitslosenrate ist. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit werden auch qualifizierte Arbeitnehmer, die innerhalb

ihrer Gewerkschaft hohe Anerkennung genießen, verwundbar in bezug auf den Verlust ihres Arbeitsplatzes. Dies muß natürlich einen Einfluß auf ihre Lohnforderungen haben, wodurch die Annahme, daß Verhandlungen ohne Berücksichtigung der Arbeitslosenrate immer auf Reallohnebene geführt würden, daß also die (langfristige) Phillips-Kurve vertikal sei, unrealistisch wird.

5. Die nicht-vertikale Phillips-Kurve.

All dies ist von eminenter Bedeutung für die Form der Phillips-Kurve und folglich auch für die Wirkung von GN-Maßnahmen. Wie bereits erwähnt, gestehen aufgeschlossene Anhänger der NAIRU auch zu, daß sich diese ununterbrochen ändert. Dennoch ist eine der Begleiterscheinungen der Annahme, daß die Arbeitnehmer immer erfolgreich unter realen Bedingungen verhandeln, eine Theorie der Inflation vom Typus „auf des Messers Schneide“. Wie hoch die NAIRU auch sein mag, solange die tatsächliche Arbeitslosenrate geringer ist, wird die Inflation unaufhörlich zunehmen. Gleicherweise muß sie ohne Ende sinken, wenn die tatsächliche Arbeitslosenrate höher als die NAIRU ist. Wird allerdings zugelassen, daß die Geldlohnforderungen und die Lohnabschlüsse der Arbeitnehmer als Reaktion auf die Rate der Preisinflation mit der Arbeitslosenrate variieren, wird die Messerschneide stumpf. In diesem Fall wird der wahrscheinliche Einfluß der Rate der Preisinflation auf die Rate der Lohninflation veränderlich sein, so daß die Arbeitnehmerforderungen nur bei sehr geringen Arbeitslosenraten den vollen Preisanstieg widerspiegeln werden. Sobald allerdings die Arbeitslosigkeit zunimmt, kann man nicht mehr erwarten, daß die Lohnverhandlungen unter realen Bedingungen stattfinden. Das heißt, daß der Koeffizient der Preisinflationsvariablen mit steigender Arbeitslosigkeit fällt⁹.

Unter diesen Umständen ist die langfristige Phillips-Kurve bei hohen Arbeitslosenraten eher flach und wird mit sinkender Arbeitslosigkeit zunehmend steiler, bis sie endlich bei irgendeiner niedrigen Arbeitslosenrate vertikal wird. Der vertikale Teil entspricht somit jener Arbeitslosenrate, bei welcher Lohnverhandlungen immer unter realen Bedingungen stattfinden.

Außerdem sollte betont werden, daß die veränderliche Steigerung der langfristigen Phillips-Kurve nicht nur darin begründet liegt, daß die Lohninflationsrate zur Arbeitslosenrate im umgekehrten Verhältnis steht. Der zweite Grund liegt in einem veränderlichen Koeffizienten der Preisinflationsvariablen. Dieser zusätzliche Effekt kann formal nur durch ein Modell des Inflations-Arbeitslosigkeits-Dilemmas mit variablen Koeffizienten beschrieben werden.

Nimmt man den Hysterese- und den Variable-Koeffizienten-Effekt zusammen, kann nun kaum erwartet werden, daß die Phillips-Kurve in einem anderen Fall als dann vertikal wird, wenn der größte Teil der Arbeitslosigkeit freiwillig ist. Dies jedoch dient nur dazu, die Wahrheit

der keynesianischen Symmetrie zu bestätigen, d. h. wenn es unfreiwillig Arbeitslose gibt, haben Erhöhungen bzw. Verminderungen der Gesamtnachfrage Verminderungen bzw. Erhöhungen der Arbeitslosigkeit zur Folge. Als nächstes wird die Frage der Asymmetrie behandelt.

6. Die post-Keynesianische Asymmetrie.

6.1. Abschließende Skepsis.

Auch wenn man akzeptiert, daß die heutige Arbeitslosigkeit durch stimulative GN-Maßnahmen nennenswert reduziert werden kann, bleibt doch der Zweifel daran, ob die *General Theory* tatsächlich eine wichtige Aussage enthält. Schließlich kann, selbst wenn sie bis zu jenem Punkt eine Neigung aufweist, an dem jegliche oder zumindest fast die gesamte unfreiwillige Arbeitslosigkeit ausgemerzt ist, die Phillips-Kurve auch im Falle beträchtlicher unfreiwilliger Arbeitslosigkeit so steil sein, daß die Inflationskosten stimulativer GN-Maßnahmen nicht annehmbar sind.

Zur Untermauerung dieser Ansicht wurden Ereignisse der späten sechziger und frühen siebziger Jahre verwendet. Daraus ist wohl vielfach geschlossen worden, daß stimulative GN-Maßnahmen, auch wenn sie tatsächlich die Arbeitslosigkeit verringern könnten, angesichts der Kosten der Inflation völlig irrelevant seien. Um dieser Kritik zu begegnen, muß im folgenden zwischen stimulativen Maßnahmen als einer notwendigen und als einer hinreichenden Bedingung zur wirtschaftlichen Erholung unterschieden werden.

6.2. Die inflationäre Verzerrung.

An dieser Stelle sollen nun nicht die Ereignisse der letzten zwanzig Jahre aufgerollt werden. Was allerdings diskutiert werden muß, ist die Interpretation dieser Ereignisse und ihre Bedeutung für die Wirtschaftspolitik. Was mir nämlich jüngste Ereignisse offenbaren, ist das Vorhandensein einer grundlegenden Asymmetrie in der Funktionsweise kapitalistischer Wirtschaftssysteme, welche anfangs als post-keynesianische Asymmetrie bezeichnet wurde. Erhöhungen der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage, egal zu welcher Arbeitslosenrate, haben sehr wahrscheinlich auf den Anstieg der Inflationsrate eine stärkere Wirkung als eine absolut gleich große Verminderung der GN auf ein Sinken der Inflationsrate.

Dies führt natürlich zu einer nach oben gerichteten Verzerrung des Lohn- und Preisniveaus. Diese Asymmetrie bedeutet auch, daß die Rate der Lohn- und die der Preisinflation während eines Aufschwunges bei angespannten Arbeitsmärkten bedeutend schneller steigen als sie im Vergleich fallen werden, wenn sich die Arbeitsmärkte durch eine

maßnahmenbedingte Rezession entspannen. Das Endergebnis ist, daß die Inflationsraten von einem zum anderen Konjunkturzyklus immer mehr steigen.

Das Ausmaß dieser Verzerrung der Inflationsraten nach oben variiert natürlich von Land zu Land je nach der Fähigkeit der Regierungen, die Lohnabschlüsse und die Preisfestlegung in einzelnen Märkten unter dem nationalen Ziel der allgemeinen Lohn- und Preisstabilität zu koordinieren, d. h. erfolgreich Einkommenspolitik zu betreiben.

Wie dem auch sei, es existieren in jedem Land Kräfte, die unter bestimmten Umständen während eines Aufschwungs stark steigende Inflationsraten verursachen und die in der darauffolgenden Rezession an deren Starrheit nach unten schuld sein könnten. Längere Zeiträume der Vollbeschäftigung und des daraus resultierenden Wohlstandes werden immer die potentielle Marktmacht der Arbeitnehmerseite stärken und ihr die Fähigkeit geben, große Lohnerhöhungen zu verlangen, wann immer sie es will. Diese Bedingungen führen auch zum Widerstand der Arbeitnehmer gegen Geld- und Reallohnsenkungen.

6.3. Eine Deutung jüngster Geschehnisse.

Das Vorhandensein dieser post-Keynesianischen Asymmetrie und die daraus resultierende inflationäre Verzerrung führt nicht zu dem Schluß, daß Keynes' Rezept zur wirtschaftlichen Erholung falsch oder irrelevant sei. Es ist in der heutigen Welt nur unvollständig. Der zum Verständnis der jüngsten Ereignisse zu ziehende korrekte Schluß ist der, daß der nach Keynes symmetrische Effekt von GN-Maßnahmen auf Output und Beschäftigung mit einem asymmetrischen Effekt auf die Lohn- und Preisinflationsraten kombiniert ist.

Zusammengenommen sind diese Reaktionen nicht nur dazu geeignet, sie haben auch tatsächlich zu steigenden Inflationsraten, gefolgt von Stagflation und schließlich Stagnation, geführt. Daher muß die korrekte Interpretation der Ereignisse seit den späten sechziger Jahren wie folgt lauten: der Boom der frühen siebziger Jahre und die verschiedenen Schocks dieser Periode haben in den entwickelten kapitalistischen Ländern Inflationsmechanismen in Gang gesetzt. Darauf folgten nahezu überall restriktive Maßnahmen. In jenen Ländern, die sich ausschließlich auf die Wirkung dieser Maßnahmen verließen, war die anfängliche Auswirkung Stagflation. In den meisten Ländern begann die Inflation erst zu sinken, als die Arbeitslosenrate bereits zweistellig geworden war.

Wenn nun derartige Perioden steigender Inflation, auf die Stagflation und endlich Stagnation folgten, in Zukunft vermieden werden sollen, ist der daraus für die Wirtschaftspolitik zu ziehende Schluß der, daß in jeder Volkswirtschaft, die an einer *tatsächlichen* inflationären Verzerrung leidet, zusätzliche wirtschaftspolitische Instrumente eingesetzt werden müssen. Die keynesianischen GN-Maßnahmen sind sehr gut geeignet, den realen Sektor zu beeinflussen. All dies wird unter dem Gesichtspunkt einer irrelevanten Symmetriebedingung noch klarer.

7. Eine irrelevante Asymmetrie.

Wie ich bereits früher erwähnt habe, haben Keynes' Kritiker in ihren Bemühungen, Keynes' Analyse zu diskreditieren, etwas eingeführt, was ich als irrelevante Symmetrie bezeichnet habe. Angenommen, eine Stimulation der Gesamtnachfrage vermindert bei Vorhandensein unbeschäftigter Arbeitskräfte die Arbeitslosigkeit, dann muß doch eine Reduktion der GN bei überhitzter Konjunktur die Inflation, und das schnell, vermindern.

Die meisten würden wohl zustimmen, daß die Ereignisse der sechziger und siebziger Jahre klar genug gezeigt haben, daß eine solche Symmetrie nicht existiert. Wir sind aber jetzt in einer Position, von der aus wir erkennen können, warum sowohl die Existenz als auch die Nicht-Existenz dieser Art der Symmetrie irrelevant für die Bewertung der Verdienste des Keynes'schen Ansatzes zur Globalsteuerung sind.

Die wichtigste Überlegung für die heutigen Politiker ist, wie schon immer, diejenige, welche wirtschaftspolitischen Instrumente zur Erreichung der verschiedenen makroökonomischen Ziele eingesetzt werden sollen. Wie oben bereits erörtert, beeinflussen GN-Maßnahmen den realen Sektor, und dieser Einfluß ist, wenn unfreiwillige Arbeitslosigkeit existiert, symmetrisch. GN-Maßnahmen sind daher geeignete Instrumente, den Output und die Arbeitslosigkeit zu steuern.

Die Tatsache, daß restriktive GN-Maßnahmen eine deutliche Auswirkung auf das Output- und Beschäftigungsniveau und nur geringen Einfluß auf die Inflation haben (außer sie sind sehr restriktiv), zeigt sowohl die Unwirksamkeit von GN-Maßnahmen zur Inflationssteuerung als auch den Bedarf an anderen Instrumenten zur Inflationsverminderung, wenn Arbeitslosigkeit im großen Stil vermieden werden soll. Die Tatsache, daß stimulative GN-Maßnahmen in einigen Ländern die Inflationsrate stark in die Höhe treiben konnten, während sie die Arbeitslosigkeit reduzierten, zeigt ebenfalls den Bedarf an zusätzlichen wirtschaftspolitischen Instrumenten, um die Inflation unter Vollbeschäftigungsbedingungen niedrig halten zu können.

Dem Irrtum derjenigen, die diese irrelevante Symmetrie als einen Test für die Brauchbarkeit der keynesianischen Wirtschaftspolitik herangezogen haben, liegt eine Wirtschaftsauffassung zugrunde, die in einigen fundamentalen Merkmalen von den modernen kapitalistischen Wirtschaftssystemen abweicht. Restriktive GN-Maßnahmen führen nämlich nur in der neoklassischen Welt der vollständigen Konkurrenz und der Gleichgewichtsmärkte mit flexiblen Preisen zu Preissenkungen mit kleinen Output- und Beschäftigungseffekten. In der realen Welt, wo Änderungen in Überschußnachfrage und -angebot nur wenig Einfluß auf Preise und Löhne haben, in der aber die Produktpreise, Mark-up-Preise und die Löhne von der Entwicklung der Lebenshaltungskosten bestimmt sind, erzeugen Änderungen der Gesamtnachfrage wohl Output- und Beschäftigungs-, aber keine Preiseffekte.

8. Schlußbemerkungen.

Der letzte Punkt, den ich zur Diskussion stellen will, ist der, warum derartig viele Wirtschaftswissenschaftler, und ich denke hier vornehmlich an jene in den englischsprachigen Ländern, überhaupt auf die Idee kommen können, daß restriktive GN-Maßnahmen die Inflation unter Kontrolle bringen könnten, ohne gleichzeitig Arbeitslosigkeit in großem Maße zu verursachen. Ich glaube, daß die Antwort folgende ist: während der letzten 50 Jahre akzeptierte eine wachsende Zahl von Ökonomen die keynesianische Botschaft, daß GN-Maßnahmen beachtlichen Einfluß auf den realen Sektor haben könnten. Und die Botschaft Keynes' wurde solange nur im Zusammenhang mit den Auswirkungen stimulativer GN-Maßnahmen auf die Arbeitslosigkeit gesehen, bis die Inflationsraten in den späten sechziger Jahren plötzlich stark zu steigen begannen.

Keynes' Analyse des Arbeitsmarktes und seine Überzeugung, daß Geldlöhne nach unten starr seien, war inzwischen entweder vergessen worden oder wurde als Beispiel irrationalen Verhaltens betrachtet, das sich im Endeffekt selbst korrigiert. Die mikroökonomische Theorie beschränkt weiterhin den Weg, die meisten, wenn nicht alle Märkte als Märkte mit flexiblen Preisen und Tendenz zum Gleichgewicht zu betrachten.

Als sich in den frühen siebziger Jahre das Gefühl breit machte, daß etwas gegen die Inflation unternommen werden müsse, war es diese mikroökonomische Denkweise, die derartig viele Ökonomen zu diesen wirtschaftspolitischen Empfehlungen führte. Geschult, an Märkte zu flexiblen Preisen, die immer dem Gleichgewicht zustreben, zu glauben, sahen sie GN-Maßnahmen als geeignet an, die Inflation rasch und nur unter mäßigen, kurzfristigen Kosten der Arbeitslosigkeit zu reduzieren.

Vorhin habe ich darauf hingewiesen, daß Keynes' Rezepte für wirtschaftliche Erholung heute wohl unvollständig, aber nicht falsch seien. Sehen wir uns die Angelegenheit einmal von einer anderen Seite an. Woran es heutzutage fehlt, ist eine allgemeine Theorie, die die Aussagen Keynes' mit einer radikalen Neuformulierung unserer mikroökonomischen Schulbuch-Theorie der Unternehmung und der Märkte verbindet. Dies hätte wohl die Zahl der schlechten Empfehlungen, wie sie unsere Wirtschaftswissenschaftler in der jüngsten Vergangenheit abgegeben haben, stark reduziert. Dieser Aufsatz kann als Bemühung gesehen werden, den Fehler in Zukunft zu vermeiden, stimulative GN-Maßnahmen als Teil eines Programmes zur wirtschaftlichen Wiederbelebung aus dem Glauben, daß sie weder Output noch Beschäftigung zu steigern vermögen, nicht anzuwenden.

Anmerkungen

- 1 Vgl. M. Friedmann, „The Role of Monetary Policy“, *American Economic Review*, März 1968.
- 2 Man betrachte folgende „Phillipskurve gesteigerter Erwartungen“:
 $w_t = a_0 + a_1 p^e + a_2 U^{-1}$ wobei w , p^e und U die Lohninflationsrate, die erwartete Rate der Preisinflation bzw. die Arbeitslosenrate während der (laufenden) Periode t sind. Die Annahme, daß Lohnverhandlungen zu realen Bedingungen stattfänden, führt zu der Annahme, daß in der Phillipskurvenanalyse $a_1 = 1$ sei. In Lehrbüchern für Studienanfänger wird üblicherweise angenommen, daß $p^e = p^{t-1}$, d. h. die erwartete Rate der Preisinflation ist gleich der tatsächlichen Rate der Preisinflation der vorhergegangenen Periode.
- 3 Vgl. z. B.: J. Sachs, „Real Wages and Unemployment in the OECD-Countries“, *Brookings Papers on Economic Activities*, Nr. 1, 1983. Die Gleichungen 10a und 10b gehen von der Annahme aus, daß Lohnabschlüsse immer zu realen Bedingungen seien, der Text allerdings gesteht den GN-Maßnahmen zu, eine gewisse Rolle in der permanenten Reduktion der Arbeitslosigkeit zu spielen.
- 4 Vgl. G. Johnson und P. Layard, „The Natural Rate of Unemployment: Explanation and Policy“, Centre for Labour Economics, London School of Economics, Discussion Paper Nr. 206, Oktober 1984.
- 5 Stark steigende Inflationsraten sind notwendig, um freiwillig Beschäftigungslose zur Annahme von Arbeit zu veranlassen.
- 6 Vgl. z. B. E. Malinvaud, „Wages and Unemployment“, *Economic Journal*, März 1982.
- 7 Vgl. J. McCallum, „Unemployment in the OECD-Countries in the 1980s“, *Economic Journal*, Dezember 1986.
- 8 Vgl. R. Layard und S. Nickell, „The Causes of British Unemployment“, *National Institute Economic Review*, Februar 1985.
- 9 Dies läuft auf die Variable a_1 der in Fußnote 2 beschriebenen Gleichung hinaus.